

## **Sicherheitspolitische Bestandsaufnahme Südostasiens**

Am Beginn des 21. Jahrhunderts blicken die Weltregionen skeptisch auf ihre Krisenherde. Dabei bietet sich für die Europäische Union (EU) und für die "Association of Southeast Asian Nations" (ASEAN) ein gegenteiliges Bild: In Europa dominiert der Balkan mit seinen Konflikten die öffentliche Meinung, d.h., ein vergleichsweise kleiner Landstrich hält die größeren Mächte und die internationale Gemeinschaft in Atem, während in Südostasien alles auf den "kranken Riesen" Indonesien starrt, d.h., das bevölkerungsreichste und größte Land der ASEAN besitzt das größte Risikopotential, während sich die kleineren auf dem Weg der wirtschaftlichen Gesundung und politischer Reform befinden. Die daraus folgenden Spannungen, die sich politisch und ökonomisch nachweisen lassen, können zu einer Gefährdung des Zusammenhaltes der ASEAN führen, eine Entwicklung, die größere globale Folgen nach sich ziehen würde als die asiatische Finanzkrise 1997. Vor diesem Hintergrund scheint eine Bestandsaufnahme der Region in geographischer, politischer, ökonomischer und sicherheitspolitischer Hinsicht sinnvoll zu sein.

### ***Geographie***

Südostasien wird in der politischen Diskussion häufig in Verbindung mit Ostasien genannt, deshalb ist es notwendig, eine geographische Eingrenzung des zu betrachtenden Raumes vorzunehmen. Im Zentrum der vorliegenden Betrachtungen steht die "Association of Southeast Asian Nations" (ASEAN), der zehn Länder angehören: Die Gründungsmitglieder Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand (1967); dazu kamen Brunei-Darussalam (1984); Vietnam (1995); Laos, Burma (1997) und Kambodscha (1999). Papua-Neuguinea wird trotz seiner geographischen Nähe von den ASEAN-Mitgliedern nur als Kooperationspartner, nicht aber als Integrationspartner verstanden und deshalb hier nicht weiter betrachtet.

Eine klimaräumliche Analyse, die vegetationsgeographische Faktoren berücksichtigt, zeigt eine Lage der ASEAN beiderseits des Äquators mit guten Lebensbedingungen (u.a. großen Wasserressourcen) für die Bevölkerung. Das führt zu einer ausgeprägten Landwirtschaft mit z.T. erheblichen Exportüberschüssen, z.B. Thailand und Vietnam als weltgrößter bzw. drittgrößter Reisexporteur. Hinsichtlich der ausgeprägten Küstenlage der meisten Staaten ist zu erwähnen, daß sich in der Region ertragreiche Fischgründe befinden, die nicht nur der Ernährung der Bevölkerung sowie der Erzielung von Exportüberschüssen dienen, sondern seit Jahren auch Grund für maritime Auseinandersetzungen sind (z.B. 1996-1999: häufige Zusammenstöße zwischen Thailand-Vietnam; Malaysia-Thailand). An Bodenschätzen sollen an dieser Stelle das Erdöl Indonesiens und Brunei-Darussalams, sowie die Erdgasvorkommen Thailands und Indonesiens erwähnt werden, die wichtige klassische Energiequellen darstellen. In Zukunft werden auch die bisher wenig genutzten hydroelektrischen Potentiale (z.B. in Laos) eine größere Rolle spielen. Die geostrategische Bedeutung dieses Raumes ist durch die Möglichkeit gekennzeichnet, den Handelsverkehr des südpazifischen Raumes, Japans, Australiens und Afrikas zu kontrollieren. Die geographische Lage bedingt jedoch auch sicherheits- und handelspolitische Probleme für einzelne Staaten, z.B. hinsichtlich des Schutzes der langen Küstenlinien oder der unzureichenden Infrastruktur (beispielsweise Indonesien und die Philippinen). Eine Bewertung der anthropogeographischen und kulturgeographischen Struktur läßt eine Mischung der Weltreligionen Buddhismus, Christentum, Hinduismus und Islam erkennen, die aus imperialen bzw. kolonialen Relikten der Araber, Engländer, Franzosen, Mongolen, Niederländer, Portugiesen und Spanier erklärbar ist. Damit waren und sind innerstaatliche und internationale Konflikte vorprogrammiert und können in der wechselvollen Zeitgeschichte dieser Region dokumentiert werden. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender

Faktor innerstaatlicher Stabilität bzw. Destabilität sind die Auslandschinesen, deren Integrationsgrad deutlich mit dem Stabilitätsgrad des jeweiligen Staates korreliert.

### ***Politische und historische Entwicklung der ASEAN***

Südostasien ist in jeder Beziehung ein heterogenes Gebilde: kulturell, ethnisch und geographisch. Außerdem gibt es unterschiedliche politischen Systeme, die in ihren politischen Auswirkungen intraregional nivelliert werden müssen: drei Staaten besitzen eine konstitutionelle Monarchie (Kambodscha, Malaysia, Thailand), drei Länder eine demokratische Verfassung (präsidentielle Republiken: Indonesien, die Philippinen/ parlamentarische Demokratie: Singapur), zwei Länder eine Volksdemokratie (Laos, Vietnam), ein Land ist eine absolute Monarchie (Brunei-Darussalam) und ein Land wird von einer Militärregierung geführt (Burma). Trotz dieser Heterogenität versuchen die südostasiatischen Länder eine Basis für eine regionale Kooperation und eine regionale Identität zu finden. Der erste Schritt dazu wurde am 08. August 1967 von den Staaten Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand gemacht, die die ASEAN gründeten. Die als "Bangkok Declaration" bezeichnete ASEAN-Gründungserklärung zeigt jedoch klar auf, daß es keine "Treaty Organization" im Sinne der NATO sein sollte, sondern daß der Schwerpunkt der Zielsetzung im wirtschaftlichen, technologischen, sozialen und kulturellen Bereich lag. Mit dieser Form regionaler Kooperation war in Südostasien auch eine politische Neuorientierung für die meisten Länder verbunden. Sie emanzipierten sich von ihrer Ausrichtung nach den alten Kolonialmetropolen und deren Denk- und Wertemaßstäben und orientierten sich an den neuen Zielen regionaler Gemeinsinn ("think ASEAN") und regionale Spannkraft ("regional resilience"). Dabei richteten die Mitgliedsländer ihr Augenmerk auch auf das regionale Krisenmanagement, da interne Interessenkonflikte geopolitischer (Philippinen-Malaysia wegen Sabah) wie auch handelspolitischer Natur (Singapur-Indonesien) bestanden. Mit der Idee Malaysias 1971, eine "Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität in Südostasien" (ZOPFAN) einzurichten, wurde die Emanzipationsbestrebung dieser Region von den Großmächten, die auf traditionellen Freiheitsgedanken (Thailand) und auf Relikten des Entkolonialisationsprozesses (Brunei-Darussalam, Indonesien, Malaysia, Singapur) basierte, erneut verstärkt. Die Idee wurde zunächst jedoch nur einseitig von Malaysia propagiert, damit die ASEAN als Ganzes die Reaktion der Großmächte beobachten und einschätzen konnte, eine Strategie, der die ASEAN-Staaten häufig folgten und immer noch folgen. Als die Großmächte weitgehend neutral auf den Gedanken reagierten, kam es 1976 in Bali zum "Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia" (TAC), bei dem die Idee der ZOPFAN konkretisiert wurde. Damit wurde die ursprüngliche Zielsetzung um die sicherheitspolitische Dimension erweitert, eine gemeinsame Verteidigungspolitik jedoch ausdrücklich ausgeschlossen. Die Erweiterung der Ziele resultierte aus den zu dieser Zeit dominierenden Bedrohungsszenarien bezogen auf die UdSSR und Vietnam. Nach Wegfall dieser Bedrohungsfaktoren zu Beginn der neunziger Jahre und der Gründung des "Asia Pacific Economic Cooperation Forum" (APEC) kam die ASEAN in eine Identitätskrise, die sie aber spätestens seit der Konferenz in Singapur vom 25./26. Juli 1993 mit dem Beschluß zur Gründung des "ASEAN Regional Forum" (ARF) als sicherheitspolitischer Institution beigelegt hat. Inzwischen besitzt die ASEAN international eine gute politische Reputation und die Mitgliedstaaten verstehen es, ihre nationalen Egoismen trotz der heterogenen Zusammensetzung der Organisation zum Wohle der Gemeinschaft im Sinne der selbstproklamierten "regional resilience" weitestgehend zu kontrollieren. Dieser Ansatz wird vor allem nach den Erfahrungen der asiatischen Finanzkrise 1997 weiterverfolgt, da die Regierungen der südostasiatischen Staaten begriffen haben, daß im Zeitalter der Globalisierung einzelne Länder mit ihren nationalen Interessen kaum bestehen können und regionale Stabilität basierend auf strikter internationaler Neutralität am besten im Rahmen einer Staatengemeinschaft zu realisieren ist.

## *Handlungsgrundlagen der ASEAN*

Südostasiatisches politisches Handeln stützt sich im wesentlichen auf die Idee der "national resilience" (nationale Spannkraft). Dieses Konzept entstand bereits 1968 in Indonesien als asiatische Modifikation westlicher sicherheitspolitischer Überlegungen. Im Indonesischen als "Ketahanan Nasional" bezeichnet, umfaßt es einen weiten Sicherheits- und Entwicklungsbegriff, der dem heutigen westlichen "erweiterten Sicherheitsbegriff" oder der "comprehensive security" ähnlich ist. In einem ersten konzeptionellen Entwurf, der von der indonesischen Führungsakademie der Streitkräfte (LEMHANNAS) skizziert wurde, findet sich eine Zweiteilung der insgesamt acht für einen Staat sicherheitspolitisch relevanten Größen in eine natürliche und eine soziale Realität des Staates. Unter dem ersten Gesichtspunkt werden die geographische Lage, der Reichtum an Bodenschätzen und die Humanressourcen subsumiert. Der zweite umfaßt die ideologische, die politische, die wirtschaftliche, die soziale und kulturelle sowie die verteidigungs- und sicherheitspolitische Ordnung einer Gesellschaft. In diesen acht Sektoren manifestiert sich die Sicherheit und die Entwicklungsfähigkeit eines Landes, aber es können auch Gefahren daraus erwachsen. Der Staat bemüht sich daher, diese Bereiche zu entwickeln, aber auch zu kontrollieren, um Gefährdungen der innerstaatlichen Stabilität auszuschließen. In dieser Konzeption übernehmen nicht nur nationale Zielvorstellungen und -setzungen, sondern auch traditionelle Werte eine wichtige Rolle bei der Definition von Politik. Gegenkräfte zu den genannten Zielvorstellungen gibt es im innerstaatlichen und internationalen Bereich. Deshalb besitzt die "Ketahanan Nasional" innen- und außenpolitische Komponenten zur Stabilisierung des gesamten Staates, denn die nationale Glaubwürdigkeit und die internationale Reputation korreliert nach asiatischem Verständnis eng mit der nationalen Stärke und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten. Ein zentrales Element der "national resilience" ist die kulturelle Komponente, die eine "nation building"- und eine staatstragende Funktion hat. Sie stellt für die Bevölkerung der Länder, die Kolonien waren oder von den Kolonialmächten bedroht wurden, eine Identifikationslinie dar und ist essentiell für die innerstaatliche Stabilität der Länder. Auf der Grundlage der "national resilience" können in der Regel die traditionellen Wertesysteme erhalten werden, ohne daß es zu nationalistischen Extremen kommt.

Die Akzeptanz der Idee führt zu einer klaren Prioritätensetzung der jeweiligen Staatsführung in der politischen Gestaltung des Landes. Das gilt nicht nur für Indonesien, das als erstes den Begriff definiert hat, sondern auch für die anderen ASEAN-Länder, die dieses Konzept als Zielsetzung ihrer regionalen Kooperation mit dem Terminus "regional resilience" beschrieben haben. Auf dieser Basis versuchen sie, ein Bündnis zu etablieren, das den Herausforderungen eines modernen internationalen Systems gerecht wird. Die politische Handlungsmaxime der ASEAN hat sich dabei lange am § 54 der metaphysischen Anfangsgründe der Rechtslehre nach Kant orientiert: "...daß ein Völkerbund, nach der Idee eines ursprünglichen gesellschaftlichen Vertrages, notwendig ist, sich zwar einander nicht in die einheimischen Mißhelligkeiten derselben zu mischen, aber doch gegen Angriffe der äußeren Feinde zu schützen..". Das zentrale Kriterium der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten wurde bis 1998 fast sakrosankt gesehen. Selbst nach dem Putsch des zweiten kambodschanischen Ministerpräsidenten Hun Sen im Juli 1997 wurde es konsequent eingehalten, als die ASEAN auf rein diplomatische Verhandlungen gestützt versuchte, eine Vermittlungsrolle zwischen den Konfliktparteien zu übernehmen. Da dieser Versuch weitgehend scheiterte, gleichzeitig die asiatische Finanzkrise begann sowie Burma und Laos in die ASEAN aufgenommen wurden, was zu erheblichen Problemen in den ASEAN-EU Beziehungen führte, mußten die südostasiatischen Länder einen neuen Weg finden. Deshalb schlugen die Außenminister Thailands Surin Pitsuwan und der Philippinen Domingo Siazon 1998 eine neue Strategie der "konstruktiven Kritik" vor, die weitestgehend auf die Einhaltung der Menschenrechte focussiert ist. Damit nähern sich die ASEAN-Länder den Anschauungen der westlichen Welt an, obwohl sie in der internen Auseinandersetzung noch keinen

"Königsweg" zur Lösung dieses Problems gefunden haben. Burma ist nach wie vor eines der Länder mit einer schlechten Implementierung der Menschenrechte, Vietnam hat seit Aufnahme in die ASEAN mit vielen Amnestieprogrammen einen ersten Schritt in die gewünschte Richtung getan, Kambodschas neue Regierung hat seit ihrer Amtsübernahme am 13. November 1998 erste Schritte zur Verbesserung der Menschenrechtssituation unternommen, während in Laos im Vergleich zu den anderen neuen Mitgliedern die wenigsten Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Deshalb stellt hauptsächlich Burma die ASEAN vor ein Problem, da eine massive Einmischung von außen in die innenpolitische Situation des Landes nicht geplant ist, aber trotzdem eine Verbesserung der internationalen Reputation der ASEAN hinsichtlich der Umsetzung der Menschenrechte angestrebt wird. Aber die südostasiatischen Länder bauen auf einen Faktor, der in asiatischen Planungen eine überragende Rolle spielt: Zeit. In einem Zeitraum von 15-20 Jahren werden sowohl Burma als auch Kambodscha durchaus stabile Verhältnisse zugetraut und das war ausreichend, um beide in die Gemeinschaft aufzunehmen. Damit zeigt die ASEAN die Flexibilität, die von dem Konzept der "regional resilience" gefordert wird, um langfristig Entwicklungen vorherzusehen, ihnen zu begegnen oder sie zu fördern.

### ***Ökonomie***

Als die ASEAN 1967 gegründet wurde, war eines der wesentlichen Ziele "...to accelerate the economic growth, social progress and cultural development in the region..." wie es in der ASEAN-Declaration vom 08. August 1967 heißt. Heute zeigt eine Bewertung der industriewirtschaftlichen Faktoren, daß die unterschiedliche ökonomische und technologische Entwicklung innerhalb der ASEAN-Region zu einem finanziell unabhängigen Staat (Brunei-Darussalam), zu einem "Tigerstaat" (Singapur), zu zwei Ländern auf dem Weg zum Schwellenland (Malaysia, Thailand) und zu sechs Ländern mit großen Wirtschafts- und Sozialproblemen (Burma, Indonesien, Kambodscha, Laos, die Philippinen und Vietnam) geführt hat. Aus diesen unterschiedlichen ökonomischen Evolutionsstufen resultiert ein nicht zu unterschätzender sozialpolitischer Konfliktstoff (z.B. Wirtschaftsflüchtlinge) innerhalb der ASEAN. Alle Länder der Gemeinschaft verfolgen einen marktwirtschaftlichen Kurs, jedoch in unterschiedlicher Ausprägung, da sich auf absehbare Zeit die ökonomischen Systeme Vietnams, Kambodschas, Laos und Burmas noch in einem Umstrukturierungsprozeß befinden werden. Die marktwirtschaftliche Orientierung ist vor allem durch die Idee Wachstum durch Export sowie enge Verflechtungen Staat-Wirtschaft gekennzeichnet. Da der amerikanische Markt für viele ASEAN-Länder der größte Abnehmer ihrer Produkte ist, orientierten sich auch die Finanzmärkte an den Vereinigten Staaten, bis hin zur Bindung der meisten Währungen an den US-Dollar. Dieses führte zusammen mit makroökonomischen Faktoren - wie einer zu hohen inneren Bewertung der Landeswährungen - zur Finanzkrise 1997, die dann zusätzlich durch internationale Spekulanten verschärft wurde. Obwohl diese Krise globale und nationale Konsequenzen hatte und weiterhin hat, besitzt die ASEAN auf dem ökonomischen Sektor weiterhin ihre Stärke, wie die mittelfristigen Prognosen internationaler Wirtschaftsinstitute zeigen, die für die Jahre nach dem Ende der Finanzkrise (ca. 2002) weiterhin mit einem Wachstum von bis zu 5% im Jahresdurchschnitt rechnen. Dabei wird es jedoch voraussichtlich zu einer stärkeren Differenzierung zwischen aufstrebenden und stagnierenden Volkswirtschaften kommen. Erstere (z.B. Thailand, Malaysia) besitzen genügend, letztere (z.B. Indonesien) zu wenig politischen Willen zur Durchsetzung der nötigen ökonomischen und politischen Reformen. Der unterschiedliche Entwicklungsweg dokumentiert sich bereits in dem zurückkehrenden Vertrauen internationaler Investoren, die den "turn-around" der ersten Gruppe 1998 mit neuen Investitionen deutlich unterstützt haben, während beispielsweise in die indonesische Wirtschaft erst kurz vor den Wahlen im Juni 1999 erste größere Investitionen geflossen sind. Trotzdem gehen Experten wie Stanley Fisher (IWF) von einer Stabilisierung der betroffenen Staaten aus, die langfristig wieder zu einer

Plattform wirtschaftlichen Aufschwunges werden kann, wenn auch nicht mehr mit den Wachstumsraten der achtziger und frühen neunziger Jahre. Zur Unterstützung des ökonomischen Potentials strebt die ASEAN eine wirtschaftliche Kooperation in Form der "ASEAN Free Trade Area" (AFTA) an, die bereits vor der Finanzkrise von Thailand angeregt worden war. Die AFTA wird von allen Mitgliedsländern -mehr oder minder stark- als Chance gesehen, auch wenn die Verwirklichung trotz erster Zollerleichterungen ab dem Jahr 2000 noch bis 2002 oder länger dauern sollte. Allerdings wird es eher ein -asiatisch spezifisches- Zusammenwachsen geben, das nicht so eng wie in der EU sein wird. Außerdem sollen ausländische Investitionen durch die Einrichtung einer "ASEAN-Investment Area" ab 2003 gefördert werden. Ein großes Hindernis auf dem Weg zu einer stabilen ökonomischen Organisation ist jedoch die Produktionsstruktur. Sie ist bisher konkurrierend ausgelegt und nicht komplementär. Das wäre indes für die Erhöhung der Effektivität der Regionalwirtschaft nötig. Die ASEAN hat bereits Erfahrung mit der Reorganisation wirtschaftlicher Strukturen, denn nach einer ersten Anpassung in den achtziger Jahren stieg das Außenhandelsvolumen rapide an. Ein ähnlicher Effekt wird auch jetzt erwartet. Allerdings ist sich die ASEAN über die begrenzte Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes im Klaren und bemüht sich, alte Absatzmärkte wie die EU trotz der Quotenregelung für viele Produkte seitens der Europäer auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen. In diesem Zusammenhang ist auch die Ausweitung der ökonomischen Beziehungen der ASEAN zum australisch-neuseeländischen Wirtschaftsraum, der sich in Form der "Australian-New Zealand Closer Economic Relationship" (CER) formalisiert hat, zu sehen, die neue Märkte und neue Investoren erschließen soll, um den amerikanischen und europäischen Vergabekriterien für Kredite, z.B. die Koppelung an die Erfüllung von Menschenrechten, auszuweichen. Dagegen wird die APEC wegen der amerikanischen Dominanz distanziert betrachtet. Die südostasiatischen Länder - allen voran Malaysia - wollen die APEC nur dann unterstützen, wenn sie "im Fahrersitz des Zuges" sitzen können, wie es der malaysische Ministerpräsident Mahathir einmal formulierte. Damit sind Spannungen mit den Vereinigten Staaten vorprogrammiert. Da sich Japan zur Zeit jedoch in einer Rezession befindet, müssen die südostasiatischen Länder ihre Kompromißbereitschaft unter Beweis stellen, denn die amerikanische Wirtschaft ist seit Beginn 1998 der überragende Faktor für die ökonomische Gesundung der Region. Deshalb waren auf dem APEC-Gipfel im November 1998 die kritischen Töne gegenüber den Vereinigten Staaten eher moderat. Damit wird deutlich, daß der amerikanische Markt einerseits und die Implementierung nationaler ökonomischer Reformen (z.B. Schließung maroder Banken, Aktualisierung des Steuersystems, Schaffung stabiler, fair bewerteter Währungen, Anti-Korruptionsmaßnahmen) andererseits die wesentlichen Eckpfeiler einer ökonomischen Gesundung sind. Abhängig von der Implementierung dieser Reformen, lassen sich die Zeiträume dieser Gesundung abschätzen: Dort, wo es langsam vorangeht, wird es wie z.B. in Indonesien ca. 8-10 Jahre dauern, während andere, wie beispielsweise Thailand, die ihre Reformprogramme zügiger umsetzen, durchaus in 3-5 Jahren wieder an die frühere ökonomische Leistungsfähigkeit anknüpfen können.

### ***Sicherheitspolitik***

Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen Südostasiens werden von der Politik der regional relevanten Mächte des asiatisch-pazifischen Raumes (Vereinigte Staaten, Japan und die Volksrepublik China), aber auch von den latenten oder akuten regionalen Konfliktpotentialen geprägt. Wegen des Gesamtumfanges wird jedoch nur ein Kurzabriß der Konfliktpotentiale vorgenommen, wie er sich in Gesprächen mit sicherheitspolitischen Experten der Region darstellt.

## **Extern begründete Konflikte**

### **a) koreanische Krise**

Im Zusammenhang mit internationalen Konfliktpotentialen wird von asiatischen Experten an prominenter Stelle immer wieder die koreanische Halbinsel genannt. Dabei stehen die Nuklearproblematik und die Ungewißheit, wie es nach einer koreanischen Wiedervereinigung weitergehen soll, im Zentrum der Betrachtungen. Probleme werden in einem nuklearen Wettlauf zwischen einem wiedervereinigten Korea und Japan und in einem Abfluß großer finanzieller Mittel aus Japan und Südkorea zum Wiederaufbau Nordkoreas gesehen. Letzteres wird gerade im aktuell ablaufenden Gesundungsprozeß der südostasiatischen Volkswirtschaften nach dem Schock der Finanzkrise 1997 äußerst kritisch gesehen, da in der Interpretation südostasiatischer Experten damit die weitere wirtschaftliche Entwicklung Südostasiens gefährdet werden könnte, weil die notwendigen Mittel nicht national oder von den Vereinigten Staaten oder der EU allein aufgebracht werden können. Außerdem besitzt Nordkorea ein großes Arbeitskräftereservoir mit extrem niedrigen Lohnkosten. Das führt zu einer Verschärfung der Konkurrenzsituation, die schon durch die ökonomische Öffnung der Volksrepublik China für die ASEAN spürbar war.

Die südostasiatische Region kann gegen die Risiken, die von der koreanischen Halbinsel ausgehen wenig unternehmen, einzig das "ASEAN-Regional-Forum" (ARF) bietet eine gemeinsame Gesprächsplattform für die ASEAN-Länder, die Vereinigten Staaten, Japan und Südkorea.

### **b) die latenten Bedrohungen durch die Volksrepublik China**

Der in den westlichen Medien zweifelsohne dominierende Konfliktherd der Region ist das südchinesische Meer mit den beiden Inselgruppen Nansha (chines.)/ Spratly (433 Inseln, die von der Volksrepublik China, Taiwan, Vietnam, den Philippinen, Malaysia, Indonesien und Brunei-Darussalam wegen des vermuteten Erdöls und der reichen Fischgründe beansprucht werden) und Paracel (30 Inseln, die von der Volksrepublik China und Vietnam ebenfalls wegen vermuteter Erdöl/ Erdgas Vorkommen beansprucht werden). Nachdem zunächst in den siebziger Jahren, nach der Besetzung einiger Paracel-Inseln durch Vietnam, die Volksrepublik China und Vietnam die Hauptakteure waren, kam es von März 1995 bis April 1999 vor allem zwischen den Philippinen und der Volksrepublik China mehrfach zu Unstimmigkeiten hinsichtlich des sogenannten Mischief-Riffs in den Spratlys. Doch während es 1988 noch zu Gefechten zwischen den Seestreitkräften Vietnams und der Volksrepublik China kam, wurden seit 1996 die diplomatischen Kanäle zeitweise intensiv zur Verhinderung einer Eskalation zwischen den Philippinen und der Volksrepublik China genutzt. Dabei bedient sich die Volksrepublik China zur Rechtfertigung ihres Anspruches auf die Inselgruppen des 1992 erlassenen Gesetzes bezüglich des "Souveränitätsanspruches der Volksrepublik China über das südchinesische Meer", das in ihrer Interpretation die Besitzansprüche zweifelsfrei zugunsten der Volksrepublik China entscheidet. Seither führten territoriale Unstimmigkeiten fast regelmäßig zu diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen den Anliegern. Allerdings gibt es seit 1993 den "Workshop on Managing Potential Conflicts in South China Sea", der von Indonesien, das eine Katalysatorfunktion einnimmt, ins Leben gerufen wurde. Dieser "Workshop" ist zwar inoffiziell (da die Volksrepublik China und Taiwan beteiligt sind, was auf Seiten der Volksrepublik China als nicht offiziell gesehen wird), doch zeigen die Ergebnisse der letzten Treffen eine deutliche Bewegung aller beteiligten Nationen. So wurde unter anderem ein permanentes Telephonnetz zwischen ranghohen Militärs der sechs Länder eingerichtet, um "Irritationen zu vermeiden". Außerdem wurden erste Vorverträge zur gemeinsamen wissenschaftlichen Erforschung der Meeresbiologie zwischen Vietnam und der

Volksrepublik China vereinbart. Grundlage für die neue Bewegung in der Spratly-Frage war nicht nur die Vermittlung Indonesiens, sondern auch die Bereitschaft der Volksrepublik China auf dem "ASEAN-Regional Forum" in Brunei (Juli 1995) in regionalem Rahmen über das Problem zu diskutieren. Diese Entspannung dürfte sich nach Meinung asiatischer Experten fortsetzen, wenn es tatsächlich zur Gründung eines von Taiwan vorgeschlagenen gemeinsamen Joint Ventures aller sechs Staaten mit Beteiligung der Vereinigten Staaten und Japans (vorgeschlagene Anfangskapitalisierung: 14 Mrd. US\$) kommt und eine gemeinsame wirtschaftliche Erschließung des südchinesischen Meeres erfolgt. Diese Entwicklung scheint die wahrscheinlichste zu sein, da der ökonomische Erfolg in Asien zur Zeit wichtiger ist als militärische Aktionen.

Ganz andere Risiken birgt die ökonomischen Öffnung der Volksrepublik China, die hier an dem Beispiel der Mekongerschließung -einer der neuen ökonomischen Wachstumszonen in der südostasiatischen Region- kurz erläutert werden soll. Eine Arbeitsgruppe an der Chulalongkorn-Universität Bangkok sieht bei der Einrichtung einer ökonomischen Wachstumszone, die Burma, Laos, Südchina (Yünnan) und Thailand umfassen soll, u.a. folgende Gefahren entstehen: Große Migrationsströme aus Flüchtlingen und billigen Arbeitskräften fließen nach Thailand und in den ASEAN-Raum, die den sozialen Frieden stören und die Einkommensdisparitäten der einzelnen Länder verschärfen; billige Produkte reduzieren die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften; in Verbindung mit der illegalen Immigration nehmen die Kinderprostitution, die Verbreitung von AIDS und der Drogenschmuggel ebenfalls zu; der Ausbau der Infrastruktur bedeutet den Verlust der natürlichen Hemmniswirkung des Geländes für die Volksrepublik China auf ihrem Weg zum Indischen Ozean/Malakkasstraße; Umweltzerstörungen großen Ausmaßes haben Auswirkungen auf die Nachbarstaaten (z.B. übermäßiger Dammbau am Oberlauf des Mekong kann die zweite Reisernte Vietnams gefährden). Trotz dieser Bedenken hält die thailändische Regierung aus ökonomischen Überlegungen an den Mekongprojekten fest, weil diese Risiken in ihren Auswirkungen schwerer einzuschätzen sind als das klassische militärische Bedrohungspotential. An diesem Beispiel wird deutlich, daß in den ASEAN-Regierungen im Zweifelsfall ökonomische Überlegungen den Vorrang vor militärisch/ sicherheitspolitischen Bedenken erhalten. Allerdings läßt sich das Argument der Befürworter dieser Wachstumszonen nicht von der Hand weisen, daß wirtschaftliche Entwicklung und Vernetzung langfristig zu einem friedlichen Nebeneinander führen kann. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß das Vorbild für die Infrastrukturvernetzung am Mekong das integrierte Verkehrssystem Europas ist, durch das nicht zuletzt Deutschland und Frankreich Partner und Freunde wurden. Trotzdem bleibt gerade für die ökonomisch weiter entwickelten Länder Südostasiens der ungeheure demographische Druck durch die Volksrepublik China bestehen, deren Bevölkerung sich nicht nur in Richtung Sibirien, sondern auch der Tradition folgend (Auswanderungswellen Anfang des 20. Jahrhunderts) weiterhin nach Süden und Südwesten ausdehnen wird.

Zusammenfassend kann für die Rolle der Volksrepublik China aus sicherheitspolitischer Perspektive festgestellt werden, daß der militärische Druck, der sich -in den Augen westlicher Experten- durch die Spannungen um die Spratly- und Paracel-Inseln und der starken maritimen Aufrüstung der Volksrepublik China zu einer "blue water navy" dokumentiert, für die südostasiatischen Experten gegenüber den ökonomischen Bedrohungen durch die Volksrepublik China eine deutlich untergeordnete Rolle spielt.

c) die Gefahr eines Konflikts Volksrepublik China - Indien um die strategisch wichtigen Seeverbindungen

In der langfristigen Lagebeurteilung südostasiatischer Experten, die in asiatischen Zeitmaßstäben ca. 50 - manchmal bis zu 100 Jahre - umfaßt (z.B. das ehrgeizige Programm der

Volksrepublik China im "Jahr 2050 ein landesweit mittelentwickeltes Land zu sein"), nimmt ein anderes Risiko einen prominenten Platz ein: ein eskalierender Interessenkonflikt ab 2030 zwischen Indien und der Volksrepublik China um die Seeverbindungslinien (SLOCs) zwischen dem Indischen und Pazifischen Ozean, dessen Zentrum bei einer maritimen Auseinandersetzung die Malakkastraße und die angrenzenden südostasiatischen Länder Burma, Thailand, Malaysia, Singapur und Indonesien wären. Auch wenn bisher nur wenige Anzeichen einer solchen Konfrontation zu sehen sind (dazu gehören die inzwischen von chinesischer Seite auf den burmesischen Coco-Inseln stationierten Radaranlagen zur Schiffsüberwachung - ca. 150 km nördlich der indischen Nikobaren -Inseln- und der begonnene Ausbau eines chinesischen Hafens an der Mündung des burmesischen Bassein-Flusses, sowie die Bemühungen der Inder, einen neuen Flugzeugträger zu kaufen oder zu bauen), so zeigt doch die politische Landschaft Verwerfungen in diese Richtung. So entwickelte nicht nur die chinesische Staatsführung mit Präsident Jiang Zemin an der Spitze in den letzten Jahren eine rege Reisediplomatie und förderte ökonomische Verflechtungen mit Südostasien, sondern auch der frühere indische Premierminister Narashima Rao hatte u.a. in seinem Amtsjahr 1993 in Südostasien deutliche Erfolge erzielt. Dabei sind vor allem Gespräche hinsichtlich der technischen Unterstützung russischer Waffensysteme (die von Malaysia und Thailand gekauften Kampfflugzeuge bzw. die Ex-NVA-Schiffe Indonesiens) und Verhandlungen zur Lieferung nuklearer Reaktoren für die zivile Nutzung erwähnenswert.

In einer Bewertung dieses Konfliktpotentials kann festgestellt werden, daß langfristig der Interessenskonflikt der beiden Regionalmächte Indien und Volksrepublik China eskalieren kann, wenn die Volksrepublik China auf ihrem Ziel, eine "Two-Ocean-Maritime-Power" zu werden, beharrt und die indische Wirtschaftslage eine nachhaltige Modernisierung ihrer Marine erlaubt. Dann könnten sich die Befürchtungen der südostasiatischen Länder bewahrheiten und für sie kann der Weg, über das ARF zu einem formellen regionalen Sicherheitsbündnis zu kommen, leichter begehbar werden.

### **Intern in der Region begründete Konflikte**

#### a) umstrittene Grenzen als Relikte der Kolonialzeit

Außer den überregionalen gibt es auch regional begrenzte Konfliktpotentiale, die sich vor allem aus den Grenzziehungen der Kolonialzeit ergeben. Dabei wurden nicht nur Landstriche, sondern oft auch Völker getrennt, wie das Beispiel der Grenzlinie zwischen Malaysia und Indonesien auf der Insel Sebatik und die Probleme der traditionellen gesellschaftlichen Lebensweise entlang der gesamten Grenzlänge Sarawak-Sabah und West- und Ost-Kalimantan zeigen. Beiderseits dieser Grenze wohnen die Stämme der Iban und Dayak, die traditionell Wanderfeldbau bzw. -fischerei betreiben. Dabei überqueren sie die Grenze ohne die jeweiligen Behörden um Erlaubnis zu fragen. Ein "adat"-Problem (adat ist das traditionelle indonesische Recht), das nur durch bilaterale Verhandlungen zwischen Malaysia und Indonesien gelöst werden kann. Für indonesische Experten, z.B., sind diese Gebiete potentielle Krisenregionen.

Ein weiteres Beispiel ist die Grenze Thailands zu seinem Nachbarn Malaysia. Seit dem "ungleichen" Vertrag von 1909 zwischen der Kolonialmacht Malaysias – England – und dem Königreich Siam ist das bilaterale Verhältnis gespannt. Im Rahmen dieses Vertrages hatte Siam den Engländern die Rechte über die Provinzen Kelantan, Trengganu, Kedah und Perlis abgetreten, um die Unabhängigkeit des Königreiches zu erhalten. (Wie der Thai heute sagt: "We cut the fingers to save the body.") Dieses historische Erbe belastet die bilateralen politischen Beziehungen bis heute. Daher wurden am 15. April 1993 im Rahmen des

"Committee to Review Border Cooperation" Gespräche zur Lösung von Grenzfragen aufgenommen, in deren Rahmen die bisherigen Verträge und Protokolle seit 1947 revidiert werden sollen. Damit wird ein Ausweg aus der Problematik gesucht, die sich aus den häufigen Grenzübertritten thailändischer Exekutivorgane (Zoll, Border Patrol Police, Polizei) auf malaysisches Gebiet ergibt. Gleichzeitig wird über eine engere lokale Kooperation zur Bekämpfung von Schmuggel und Kriminalität sowie zur Reduzierung bestehender verkehrstechnischer Restriktionen seitens der malaysischen Behörden verhandelt. Dennoch gibt es Spannungen zwischen den beiden Ländern hinsichtlich der Grenzen der Hoheitsgewässer, die dazu führen, daß Malaysia von einigen thailändischen Experten als Risikofaktor in der kurzfristigen Lagebeurteilung (1-3 Jahre) gesehen wird.

Diese Beispiele machen deutlich, daß Grenzkonflikte auch mittelfristig noch ihre Bedeutung behalten werden. Da sich in diesen Gebieten häufig auch militante Untergrund- und Separatistenbewegungen etabliert haben, sind jedoch die beteiligten Länder interessiert, diese Probleme zu lösen. Daher gibt es gemeinsame Konferenzen zur Lösung von Grenzproblemen zwischen Thailand/Laos, Thailand/Malaysia, Thailand/Burma, Malaysia/Indonesien, Malaysia/Singapur, Indonesien/Singapur sowie gemeinsame Verhandlungen über die Hoheitsrechte auf See zwischen Vietnam/Volksrepublik China, Malaysia/Indonesien, Thailand/Malaysia, den Philippinen/Indonesien und Singapur mit seinen Nachbarn. Diese Verhandlungen werden durch ökonomische Zwänge (Ressourcen) und Chancen (Wachstumszonen) gefördert und bieten deshalb gute Aussicht auf Erfolg.

#### b) Piraterie

Ein weiteres Phänomen gewinnt in der Risikoanalyse der südostasiatischen Staaten -aber auch der EU und Japans- an Bedeutung: die Piraterie. Fern von aller Romantik gehört die Auseinandersetzung mit dem Piratenwesen zum Alltag der Kapitäne im südchinesischen Meer, in der Malakka-Straße und auf den Seeverkehrswegen zwischen den Archipelstaaten Indonesien und den Philippinen. 1997 gab es nach Berichten des Pirateriezentrums in Kuala Lumpur weltweit 229 Überfälle, wobei 141 Schiffe in Asien überfallen oder ausgeraubt wurden. Dabei liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten der Piraten eindeutig in Südostasien (Vorfälle: 1996:121 - 1997:91). Moderne Piraterie umfaßt das Entern von Schiffen ebenso wie das durch Kanonenfeuer erzwungene Anhalten von Frachtschiffen. Außerdem fällt darunter der Raub ganzer Schiffsladungen am Ankerplatz oder in einem Hafen. Hauptsächlich geht es bei den Überfällen um Geld, Wertsachen der Schiffsbesatzung, elektrische Geräte, Videorecorder und Fernseher, aber auch um Farbe, Ersatzteile für Maschinen, Sicherheitseinrichtungen für Schiffe und Taue. Bezogen auf die regionale Verteilung ist interessant, daß nach Untersuchungen des Pirateriezentrums in Kuala Lumpur Schiffe am häufigsten in der sogenannten "Hong Kong-Luzon-Hainan-Triangle" angehalten werden oder verschwinden, während Ladungsraub in Häfen einen Schwerpunkt in Indonesien aufweist. Bemerkenswert ist, daß die weiter nördlich vorkommenden Zwischenfälle, die sich bis in das ostchinesische Meer erstreckten und als Hauptziele russische Schiffe hatten, nach der Entsendung russischer Kriegsschiffe rapide zurückgingen. Im südchinesischen Meer wurden daraufhin von Südkorea mehrere Kriegsschiffe stationiert, die koreanische Schiffe vor dem Zugriff der Piraten schützen sollen.

Piraterie stellt auch in der heutigen Zeit ein Problem der Handelsschifffahrt dar, das entschiedenes Handeln der seefahrenden Nationen und der wichtigen Handelsnationen der Welt erfordert. Dabei werden zwei sich ergänzende Ansätze verfolgt, indem einerseits die Anliegerstaaten (ASEAN) ihren eigenen Küstenschutz verbessern (dazu diente u.a. der indonesische Kauf von 39 Schiffen der ehemaligen Nationalen Volksmarine der DDR) und andererseits externe Hilfe in Form von permanent in den gefährdeten Gebieten stationierten Eskorten gegeben wird. Ein erster Schritt in diese Richtung sind die russischen und

südkoreanischen Schiffe. Überlegungen zur Entsendung weiterer Schiffe und zur Verstärkung der elektronischen Aufklärung finden in den Vereinigten Staaten statt. Deutschland und Japan vertrauen auf diese Hilfe und versuchen, finanzielle Unterstützung an die Anliegerstaaten zu geben. Ob das langfristig bei einer Zunahme der Zwischenfälle ausreichen wird, bleibt zu bezweifeln. US-Experten empfehlen daher, die Handelsschiffe solange mit kleinen Kanonen für eine effektive Selbstverteidigung zu bewaffnen, bis eine präsenre Sicherheit mit Hilfe multinationaler Kriegsschiffverbände aufgebaut worden ist.

### c) Indonesien

In Folge der Finanzkrise 1997/1998 gab es in sieben Ländern Südostasiens einen politischen Führungswechsel, einzig Singapur, Malaysia und Brunei-Darussalam behielten die alten Regierungschefs. Den größten Umbruch erlebte Indonesien, das sich nach der Abdankung des früheren Präsidenten Soeharto im Mai 1998 nur wenig stabilisieren konnte und deshalb von den meisten südostasiatischen Experten als regionaler Krisenherd gesehen wird. Obwohl sich der Interimspräsident B.J. Habibie als Reformier herausstellte und das Land zu friedlichen demokratischen Wahlen am 07. Juni 1999 führte, gibt es noch viele ungelöste Fragen. Dazu gehört der Ausgang der Präsidentenwahl am 10. November 1999, die erstmalig seit über 40 Jahren eine Koalitionsbildung erfordert, da aus den Wahlen keine absolute Mehrheit für eine Partei hervorgegangen ist. Da aktuell (Juli 1999) die endgültige Zusammensetzung der Regierungskoalition noch nicht erkennbar ist, läßt sich nur folgendes festhalten: Die Wahlsiegerin Megawati Soekarnoputri (PDI) wird sich wahrscheinlich nur mit größter Mühe - wenn überhaupt - gegen den amtierenden Präsidenten B.J. Habibie (Golkar) durchsetzen können. Haupthindernis sind für sie muslimische Radikalströmungen, die trotz der nationalen Einstellung Megawatis keine Frau an der Spitze des größten islamischen Landes der Welt (ca. 187 Mio. Muslime) sehen wollen. Da andererseits B.J. Habibie nicht zuletzt wegen seiner offenen Haltung in der Osttimor-Frage, für das er eine Unabhängigkeit nicht ausschließt, in der Bevölkerung und den Streitkräften umstritten ist, könnte das für einen Kompromißkandidaten sprechen. Doch sowohl der amtierende Verteidigungsminister General Wiranto, der als Soeharto-Loyalist gilt, wie auch Sultan Hamengkubuwono X von Yogyakarta scheinen keine Mehrheiten auf sich vereinigen zu können. Damit bleibt die innenpolitische Machtfrage ungeklärt, was sich negativ auf die ökonomisch dringend notwendige internationale Investitionsbereitschaft auswirken und die wirtschaftliche Gesundung des Landes weiter verzögern wird. Außerdem wirkt sich der Osttimor-Prozeß negativ auf das Land aus, da im Zuge des Referendums am 30. August 1999 keine deutliche Mehrheit für eine Unabhängigkeit der Provinz Osttimor erwartet wird. Diese Abstimmung wird jedoch ein historisches Scheidemoment sein, denn die meisten indonesischen Präsidentschaftskandidaten haben eine Loslösung Osttimors aus nationalen Gründen abgelehnt und stehen damit auf Seiten der Streitkräfte. Daher ist von den Osttimoresen um die Friedensnobelpreisträger Bischof Carlos Belo und José Ramos-Horta viel Fingerspitzengefühl gefordert, um die fragile Konstruktion (Autonomie mit Option zur Unabhängigkeit) nicht zu gefährden. Gleichzeitig wird die Entwicklung in Osttimor in den Provinzen Aceh (Nordsumatra) und Irian Jaya gespannt verfolgt, um die eigenen Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen nach dem Erfolg Osttimors ausrichten zu können. Sollten weitere Provinzen diesem Beispiel folgen, so sehen einige Experten ein Auseinanderbrechen Indonesiens voraus, das riesige Migrationsströme, militärische Auseinandersetzungen, den Verlust der ASEAN-Stabilität und dramatische ökonomische und ökologische Konsequenzen in der Region zur Folge hätte. Doch bisher gehen die meisten südostasiatischen Experten von einer derartigen Entwicklung nicht aus, wobei der Wunsch häufig der Vater des Gedankens zu sein scheint, da sich alle darin einig sind, daß durch die Entwicklungen im Balkan, im Irak und auf der koreanischen Halbinsel weltweit niemand in der Lage wäre, größere Kontingente für eine UN-Operation in Indonesien zu stellen.

Insgesamt bleibt daher für Indonesien ein diffuses Bild, da ökonomisch eine Gesundung erst in 5-8 Jahren ansteht, innenpolitisch das Machtgefüge frühestens im Frühjahr 2000 etabliert sein wird und außenpolitisch zur Zeit kein nennenswerter Handlungsspielraum erkennbar ist. Deshalb wird sich erst in 3-5 Jahren entscheiden, ob Indonesien wieder ein stabiler Regionalfaktor sein kann oder im Chaos versinken wird.

### ***Gemeinsame sicherheitspolitische Aktivitäten***

Die genannten Risikopotentiale bilden einen wesentlichen Teil der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen der ASEAN, die durch die folgenden regionalpolitischen Entwicklungen ergänzt werden:

- ein drohendes Machtvakuum nach der vorzeitigen Beendigung des amerikanischen Abzuges von den philippinischen Basen und dem Abzug Rußlands aus der Region,
- die Modernisierung der chinesischen Armee und der chinesischen Marine, verbunden mit dem erhöhten chinesischen Engagement in der südchinesischen See und in Burma/Andamanensee,
- die Modernisierung und die UN-Einsätze der japanischen "Self Defense Forces" (SDF) in Kambodscha und Mozambique,
- die umfangreichen Waffenkäufe der kleineren Staaten in der Region (bis 1997).

Auf dieser Grundlage entwickelte die ASEAN seit Beginn der neunziger Jahre zunehmend sicherheitspolitische Aktivitäten. Ein Schlüsselereignis war der Beschluß der 26. ASEAN-Post Ministerial Conference (ASEAN-PMC) am 26. Juli 1993 zur Einrichtung des "ASEAN-Regional Forum" (ARF) als offenes sicherheitspolitisches Dialogforum, das im Anschluß an die 27. ASEAN-PMC 1994 erstmalig in Bangkok zusammentrat. Die Teilnehmer waren: Brunei-Darussalam, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand, Japan, die Vereinigten Staaten, die EU, Kanada, Australien, Neuseeland, Südkorea, die Volksrepublik China, Rußland, Vietnam, Laos und Papua-Neuguinea. 1997 wurde dieser Kreis um Indien erweitert, 1998 kam die Mongolei hinzu. Bemerkenswert ist dabei, daß die ASEAN bei der Auswahl der Kandidaten die "ungleichen Zwillinge" Indien und Pakistan getrennt hat, d.h., nur eines der beiden Länder ist in dem sicherheitspolitischen Forum vertreten, was die Bedeutung Indiens hervorheben soll. Das ARF besitzt trotz der offenen Struktur eine erhebliche weltpolitische Substanz, da alle fünf relevanten Regionalmächte (Indien, Japan, Rußland, die Vereinigten Staaten, die Volksrepublik China), drei ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates (Rußland, die Vereinigten Staaten, Volksrepublik China), die vier bevölkerungsreichsten Länder der Welt (die Volksrepublik China, Indien, die Vereinigten Staaten, Indonesien) und die in den letzten zehn Jahren wirtschaftlich prosperierendsten Staaten der Welt (Japan, Malaysia, Singapur, Südkorea, Thailand, die Volksrepublik China) vertreten sind. Der Vorschlag einer Diskussionsrunde in Gestalt eines Forums trägt wesentlichen Merkmalen asiatischer Mentalität Rechnung: Wichtig ist nicht irgendeine Idee, die hinter einem Treffen steht, sondern die Tatsache des Treffens und die "Wahrung des Gesichts" der Teilnehmer. Damit ist eine unentbehrliche Grundlage für einen regionalen Dialog über Sicherheit gelegt. Für westliche Vorstellungen ist diese Form der Treffen ohne formelle Zielsetzung schwer nachvollziehbar, doch Asiaten erhalten sich damit ihre Flexibilität in der Agenda. Insbesondere von nicht-asiatischen Experten wurde das Forum schon vor der konstituierenden Sitzung als erster Schritt in Richtung eines regionalen Sicherheitssystems gewertet. Diese Sichtweise wird von den Asiaten so nicht geteilt. Auf der Forumsbasis wird als Ziel zwar die Etablierung von "Confidence security building measures" (CSBM) angestrebt, die politische und ökonomische Interaktionen, kulturellen Austausch wie auch militärische Belange berücksichtigen sollen, doch stellen hauptsächlich Konsultationen das Rückgrat dieser Konstruktion dar. Daher werden in Zukunft zwar gemeinsame - zumeist

bilaterale - Manöver möglich sein und politisch auch gefördert werden, integrierte Kommandostrukturen wie in der NATO werden gleichwohl auch langfristig eine Utopie bleiben, da die post-kolonialen Strukturen zu einem besonders stark ausgeprägten Selbstbewußtsein der Nationen geführt haben. Allerdings hat das ARF die Transparenz in der Region gefördert, da alle Mitgliedstaaten gehalten sind, Weißbücher zur sicherheitspolitischen Lage ihrer Nation zu veröffentlichen. Obwohl die Qualität dieser Weißbücher in einzelnen Ländern noch weit von dem westeuropäischen Standard entfernt ist, kann dieser Schritt als positiv für die Region gewertet werden, da Transparenz die Konfliktwahrscheinlichkeit reduzieren kann. Durch die Weißbücher einerseits aber auch die sicherheitspolitischen Auswirkungen der Finanzkrise von 1997 andererseits wurde auch für die letzten westlichen Pessimisten deutlich, daß die Waffenkäufe der achtziger und frühen neunziger Jahre kein "Wettrüsten", sondern eine ganz normale Modernisierung veralteter Waffensysteme zur Anpassung an die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen darstellten. Außerdem dient in einigen Ländern der Waffenkauf auch zur Befriedigung des innenpolitischen Machtfaktors Militär, ein Vorgehen, das einigen Regierungen einen größeren politischen Handlungsspielraum verschafft. Allerdings ist bei der Bewertung der Militärpotentiale zu berücksichtigen, daß in den Streitkräften einzelner Länder teilweise ein schon verwirrender Waffenmix herrscht, der nicht nur die Logistik, sondern auch die Kommunikationsmöglichkeiten und damit die Operationsführung vor große Probleme stellt. Die Standardisierung einer Truppengattung ist schon jetzt in einigen Ländern nicht durchführbar. Immerhin wissen alle Länder (einschließlich der Volksrepublik China), daß sie mit militärischen Mitteln keine internationalen Konflikte mehr zu ihren Gunsten lösen können, da die politischen und vor allem ökonomischen Folgen zu gravierend sind. Deshalb erfolgen die meisten Rüstungs-aquisitionen im Rahmen sogenannter "contingency plannings", d.h., es gibt kaum unkontrollierte Beschaffungsmaßnahmen und die Käufe können wegen aktueller Entwicklungen wie beispielsweise der Finanzkrise 1997 modifiziert bzw. eingefroren werden, ohne daß sich wesentliche Konsequenzen für die Sicherheit des jeweiligen Staates ergeben. Deshalb stellten die umfangreichen Waffenkäufe der Region zwar eine Erhöhung der Potentiale dar, die aber nicht zwangsläufig zu militärischen Konflikten führen muß, wie beispielsweise in der Historie der Kalte Krieg in Europa gezeigt hat. Eine weitere bemerkenswerte sicherheitspolitische Aktivität der ASEAN war die Einrichtung der "South East Asian Nuclear Weapon Free Zone" (SEANWFZ), die im Dezember 1995 beschlossen und am 27. März 1997 implementiert wurde. Mit den beiden vorgestellten Initiativen hat die ASEAN ihre anfängliche Zurückhaltung im sicherheitspolitischen Bereich aufgegeben und in diesem Feld deutlich an Profil gewonnen.

### ***Zusammenfassung***

Eine sicherheitspolitische Bestandsaufnahme Südostasiens 1999 zeigt, daß die Region 1997/1998 eine der größten Zäsuren in ihrer regionalen Historie erlebt hat. In sieben Ländern gab es einen Wechsel der Regierungschefs, der in den meisten Ländern (Ausnahme: Indonesien) relativ problemlos vonstatten ging. Deshalb steht jetzt im Zentrum der regionalen und globalen Aufmerksamkeit die weitere Entwicklung des größten Archipelstaates der Welt, der auf Grund seiner Größe zumindest regional erheblichen Einfluß hat, bei einer negativen Entwicklung jedoch sogar globale Verwerfungen bewirken kann. Generell kann festgestellt werden, daß sich viele Experten darüber einig sind, daß ein Auseinanderbrechen Indonesiens zur Zeit eher unwahrscheinlich ist. Hinsichtlich der Entwicklung eines 11. Landes in Südostasien – der Republik Timor – sind die meisten westlichen und asiatischen Beobachter skeptisch, eine Skepsis, die von klarer Ablehnung bis zu der Idee des Einsatzes von regionalen Peacekeeping Truppen (mit oder ohne Unterstützung der Vereinigten Staaten) reicht. Politisch führen diese Vorgänge zu internen Spannungen in der ASEAN, die zu einer Schwächung der Organisation führen könnten, auf die die regional relevanten Großmächte

warten, um ihren Einfluß in Südostasien erhöhen zu können. Ökonomisch stehen die meisten südostasiatischen Länder erst am Beginn einer Gesundungsphase, wirtschaftliche Wachstumsraten wie vor der Finanzkrise 1997 sind für viele in weite Ferne gerückt. Erste Anzeichen einer realen Erholung zeigt bisher nur Thailand, das damit den Anschluß zu den weniger betroffenen Ländern Singapur und Malaysia nicht verlieren wird. Sicherheitspolitisch ist die Wahrscheinlichkeit militärischer Auseinandersetzungen in der Region auf einem "all-time-low" und wird dort auf absehbare Zeit verharren. Die militärischen Modernisierungsprogramme fast aller Länder sind auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, was kurzfristig zu keinen größeren Problemen der Länder führt. Mittel- und langfristig sollten diese Programme jedoch fortgesetzt werden, damit militärisch kein zu großes regionales Ungleichgewicht zugunsten der Volksrepublik China entsteht. Damit ist Südostasien zu Beginn des 21. Jahrhunderts zwar keine Krisenregion geworden, doch hat es an globaler politischer Bedeutung verloren. Gleichzeitig wird der Zusammenhalt der ASEAN einer Zerreißprobe unterworfen, die die ASEAN jedoch auf Grund ihrer offenen und flexiblen Struktur ("regional resilience") gemäß der Einstellung ihrer politischen Führer "we hang together or we hang separate" überstehen dürfte, um dann in 4-5 Jahren wieder an globaler Bedeutung zu gewinnen. Europa sollte diesen Prozeß mit großem Engagement und unter Ausnutzung seiner traditionellen Beziehungen in diesen Raum unterstützen.

#### ***Weiterführende Literatur:***

- Boucaud, Andre and Louis (1988): Burma's Golden Triangle, On the Trail of the Opium Warlords; Bangkok.
- Cribb, Robert et.al.(1997): Modern Indonesia - A History since 1945; London.
- Hall, D.G.E. (1955): A History of Southeast Asia; Hampshire and London.
- Herrmann, Wilfried (ed)(1998): Asia's Security Challenges; New York.
- Herrmann, Wilfried (1996): Die regionale Rolle Thailands, Münster.
- Institute of Southeast Asian Studies (ISEAS)(1992): The ASEAN Reader; Singapore.
- Schwarz, Adam (1994): A Nation in Waiting; St Leonards.
- Terwiel, B.J.(1991): A Window on Thai History; Bangkok.

Dr. Wilfried A. Herrmann, Oberstleutnant i.G. der Bundeswehr  
Dozent für Strategie, Asien und Islam an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg  
Mitglied des „Young Leaders Project 1998“ des Aspen Institutes Berlin  
Listed Member of AccessAsia – Guide to Asian Specialists, Seattle/USA  
Listed member of EUROSEAS, Leiden/ Netherlands